

Vor dreißig Jahren
begann die Ära Kohl

Mehr als ein Menschenalter

Roman Herzog

Helmut Kohls politische Leistungen, die außenpolitischen zumal, sind in den vergangenen Jahren vielfach gewürdigt worden, und es gibt auch nicht den geringsten Zweifel, dass er einer der ganz großen Europäer „der zweiten Stunde“ ist. Viel weniger gewürdigt wurde bisher seine Leistung als Führer der Christlich-Demokratischen Union. Das ist in Deutschland mit seiner fast ungebrochenen Parteienskepsis nicht überraschend. Aber es ist ungerecht, weil das Parteiensystem, wie es zwischen 1953 und der Jahrtausendwende in Deutschland bestand, das Fundament einer unglaublichen politischen Stabilität war, einer Stabilität zwar, die seinerzeit viele aufgeregt, ja sogar abgestoßen hat, die aber auch der Grund dafür geworden ist, dass viele seiner noch lebenden Repräsentanten schon heute als Repräsentanten einer „guten alten Zeit“ betrachtet werden.

Man kann über solche Bekenntnisse zur politischen Stabilität ja durchaus die Achseln zucken, besonders wenn man Bewegung und Veränderung um ihrer selbst willen mag. Die „kleinen Leute“ aber, denen zu viele und zu rasche Veränderungen aus bitterer Erfahrung eher suspekt sind, sehen solche Dinge anders, und sie können sich dabei sogar auf das Grundgesetz berufen, das ja aus ähnlichen Erfahrungen heraus den Willen zu stabilen Regierungsverhältnissen in mehr als einem halben Dutzend Vorschriften nachdrücklich bekundet. Diese Stabilität hatten wir fast ein halbes Jahrhundert, und sie verband sich mit dem Phänomen

der Volksparteien, genauer mit dem System zweier Volksparteien.

Die Volkspartei ist allerdings kein Phänomen der bloßen Mitgliederzahl, man kann sie auch nicht nur durch hohe Prozentzahlen bei Wahlen belegen, sondern es muss noch eine ganz bestimmte Form politischen Entscheidens hinzukommen, um eine Partei zur Volkspartei zu machen.

Es scheint fast ein Naturgesetz zu sein: In allen hochindustrialisierten Staaten, zumindest in Europa, gibt es aufgrund unterschiedlicher Interessen und Überzeugungen fünf große politische Richtungen, die man sogar mit Begriffen aus der Welt des Fußballs qualifizieren kann: Rechtsaußen, halbrechts, Mitte, halblinks, linksaußen. Diese „Richtungen“ sind zwar nicht überall gleich groß, aber sie sind, jede für sich, doch ziemlich groß. Entsteht eine Regierung aus demokratischen Wahlen, so hat sie es folgerichtig sehr schwer, stabile Mehrheiten hinter sich zu sammeln; die Geschichte Europas zwischen den beiden Weltkriegen bietet zahllose Beispiele dafür, ebenso die Geschichte mancher Länder nach dem Zweiten Weltkrieg – erwähnt seien nur Italien und die IV. Französische Republik, von der Weimarer Republik einmal ganz abgesehen.

Wirklich auf Dauer regierbar waren nur jene Staaten, in denen entweder das Wahlsystem oder das reale Parteiensystem zur Bündelung mehrerer politischer Richtungen, also zum Überspringen der zwischen ihnen verlaufenden Grenzen, instande war. In Großbritannien ist hier

das Mehrheitswahlrecht mit einfachen Mehrheiten zu nennen, das die Deutschen aber wohl nie akzeptieren würden, in den skandinavischen Staaten das jahrzehntelange Übergewicht der sozialdemokratischen Parteien, in Italien war es, ebenfalls jahrzehntelang, die *Democrazia Cristiana*. Im Frankreich der V. Republik scheint dasselbe eine Kombination zwischen Parteiensystem und Mehrheitswahlrecht mit absoluten Mehrheiten (und daher mit Stichwahlen) zu leisten, wobei das Wahlrecht allerdings eine immer wiederkehrende Umformung des Parteiensystems erzwingt.

Ein Sonderfall war die alte Bundesrepublik Deutschland, und zwar deshalb, weil hier Rechtsaußen und Linksaußen aufgrund historischer Erfahrungen von den Wählern kaum zur Kenntnis genommen wurden. Davor schreckte einerseits die NS-Herrschaft von 1933 bis 1945 ab, andererseits der kommunistische Anschauungsunterricht aus dem Ostteil unseres Landes. Unter diesen Umständen konnte sich, *grosso modo*, ein Dreiparteiensystem aus Union, SPD und FDP entwickeln, wobei die FDP als die weitaus kleinste stets auf zwei bis drei Wahlperioden mit einer der großen Parteien verbandelt war. An der Größe der Parteien orientiert, konnte man also von einem Zweieinhalbparteiensystem sprechen, von ihrem Verhalten im Wahlkampf ausgehend, von einem Zwei-Lager-System. Beide Lager erreichten im Falle des Wahlsiegs die absolute Bundestagsmehrheit, beide konnten erwarten, dass ihr „Kanzlerkandidat“ am Wahlabend Bundeskanzler sein würde, und beide standen dann in der parlamentarischen Arbeit eisern hinter diesem „ihrem“ Kanzler. Für Minderheitsregierungen gab es keinen Platz, ebenso wenig für Mehrheitskanzler, deren Wähler sich gleich nach der Kanzlerwahl dem Eintritt in die notwendige Koalition verweigerten.

Die Aussicht auf eine absolute Mehrheit in der Parlamentswahl zwang zumindest die beiden großen Parteien, sich in Programmatik und Wahlkampfverhalten praktisch auf alle Schichten der Bevölkerung einzustellen. Also mussten sie die zum Teil widersprüchlichen Bedürfnisse und Interessen der Wähler in ihren Programmen berücksichtigen und sie, wo erforderlich, zu einem halbwegs gerechten Ausgleich bringen. Natürlich blieben zwischen den beiden Lagern immer noch merkliche Akzentunterschiede, trotzdem wurde den beteiligten Parteien in der Öffentlichkeit aber oft der Verlust jeglicher Kontur vorgeworfen, und tatsächlich mag mancher Wähler sich dann bei seiner Wahlentscheidung nur nach persönlicher Sympathie oder nach der Eleganz der Ehefrau des Kanzlerkandidaten entschieden haben.

Andererseits wurde nach einem Regierungswechsel nie ein totaler Kurswechsel notwendig. Das war ein erheblicher Beitrag zur Stabilität des Landes im Innern und noch mehr zur Stabilität seiner Außenpolitik.

Sonderfall Bundesrepublik

Dieses System hat sich fast drei Jahrzehnte überwiegend bewährt und ist auch in den Achtzigerjahren, beim Zutritt der Grünen, nur minimal verändert worden. Diese hatten zwar beträchtlichen Einfluss auf die politische Programmatik unseres Landes, zunehmend sogar auf die Programme der alten Parteien.

Davon abgesehen, büßte allerdings die FDP ihren Platz als alleiniger Mehrheitsbeschaffer ein. Da sie zur fraglichen Zeit aber ohnehin zur Union übergang und diese ihrerseits nicht mit den Grünen koalieren konnte, änderte sich an den Verhältnissen im Großen und Ganzen zunächst nichts. Es gab zwar eine Partei mehr, aber die beiden Lager bestanden fort.

Helmut Kohl leistet am 1. Oktober 1982 seinen Amtseid als Bundeskanzler vor Bundestagspräsident Richard Stücklen.

© picture-alliance/akg-images, Foto: akg-images



Das politische Gesamtspektrum erweiterte sich nun von Jahr zu Jahr, einerseits infolge der Wiedervereinigung, andererseits im Wechsel der Generationen. Die Ultrarechte, noch mehr aber die Ultralinke meldeten sich allmählich wieder zu Wort, die Alleinherrschaft der drei zentralen Richtungen wurde durchlöchert, zunehmend auch theoretisch infrage gestellt. Und außerdem erweiterte sich das Spektrum dessen, was in der politischen Debatte überhaupt als diskutabel galt, dramatisch.

Vieles, was noch vor kurzer Zeit als indiskutabel gegolten hatte, wurde plötzlich doch Gegenstand von Debatten. Anstandsnormen, ohne die kein gesellschaftliches Leben möglich ist, wurden vergessen. Die Anerkennung von Pflichten als Korrelat zur Freiheitlichkeit unse-

res politischen Systems schwächte sich ab. Selbst defensive Werte, also Überzeugungen von dem, was man in einer freiheitlichen Gesellschaft nicht tut, gerieten in Zweifel. Und das alles nicht nur, weil es zur Mode wurde, solche Regeln theoretisch zu zerpfücken, sondern auch weil sie, sogar in Kreisen, die an sich stillbildend sein sollten, nicht mehr ausreichend respektiert wurden. Mit einem Wort: Das Feld, auf dem die Integration der Meinungen und Interessen erfolgen sollte, verbreiterte sich von Jahr zur Jahr, in der Gesellschaft, aber auch in den politischen Parteien.

Die Folgen blieben nicht aus, waren aber nur in Teilen schnell zu erkennen, weil sich an geschriebenen Programmen der meisten Parteien zunächst nur wenig änderte. Die CDU zum Beispiel bekennt sich heute

wie schon vor fünfzig Jahren zu Christentum, Liberalismus und Konservatismus. Aber selbst diese drei Grundprinzipien haben sich in diesem halben Jahrhundert geändert, zumindest aufgesplittert. Wer 1962 konservativ war, musste mehr oder weniger deutlich in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückverweisen, allenfalls noch in die frühe Weimarer Republik. Heute dagegen kann Konservativsein durchaus auch auf Ludwig Erhard zurückverweisen, der seinerzeit aber das Modernste vom Modernen war.

Quadratur des Kreises

Die inneren Diskussionen in den Parteien haben von alledem ohnehin nicht sehr profitiert. Entweder wurden die Leitworte ihrer politischen Programmatik immer vager, weil sie immer mehr verschiedene Meinungen miteinander vereinbaren mussten. Oder die Flügelkämpfe, die sich aus der Mehrheit dieser Begriffe ergaben, wurden immer haarspalterischer und dementsprechend immer härter. Den Führungsmöglichkeiten von Vorsitzenden, Präsidien und Vorständen hat das nicht gutgetan und dem so oft geforderten Zeigen einer „klaren Linie“ erst recht nicht.

Parteivorsitzende sollen in einem solchen System die Quadratur des Kreises vollbringen. Sie sollen mit großer Kraft und klaren Worten „führen“, sollen dabei aber möglichst genau jene Positionen meinen und vertreten, die der einzelne Flügel und seine Wortführer selbst für richtig halten, und wenn ihnen das – wie selbstverständlich – nicht gelingt, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder wirft man ihnen den Verrat an irgendwelchen geheiligten Prinzipien vor, oder, was noch schlimmer ist, man sagt ihnen Führungsschwäche nach.

Im Übrigen hängt ihr Schicksal dann vom letztvergangenen Wahlergebnis ab: Hat der Parteivorsitzende gewonnen, dann ist er in der Regel Regierungschef

und hat Zuckerbrot wie Peitsche der Ämtervergabe in der Hand, muss dann allerdings meist das Programm seiner eigenen Partei mit den Ergebnissen von Koalitionsverhandlungen abstimmen. Schon das ist nicht ganz einfach, und bringt sie mitunter in Konflikte zu ihren eigenen Generalsekretären. Stellt seine Partei die Regierung dagegen nicht, so ist sein Drohpotenzial auch ihr gegenüber meist sehr gering, und er muss die Unannehmlichkeiten der Oppositionsführerrolle in vollem Umfang durchleben. Wie auch immer: Seine Rolle verlangt einen ungeheuren Aufwand an Kraft! Die Frage ist nunmehr also, wie und aus welchen Quellen ihm diese Kraft zuwächst. An Helmut Kohl hat man das in beiden Aggregatzuständen erleben können: 1976 bis 1982 in der Rolle des Oppositionsführers, von 1982 an in der Rolle des Regierungschefs.

Betrachtet man diese beiden Phasen etwas näher, so erkennt man, dass es beim Regierungschef eben doch nicht nur die Möglichkeit der Ämtervergabe ist, mit der man hier rechnen darf. Hinzu kommt die uralte Weisheit, dass, gerade in der Politik, nichts so erfolgreich ist wie der Erfolg selbst; denn der regelmäßige Erfolg politischer Entscheidungen schafft Ansehen und Vertrauen beim Wähler und bei diesem folgerichtig die Bereitschaft, eine erfolgreiche Regierung und ihre Repräsentanten wieder zu wählen, das heißt die vergebenen Ämter und Gestaltungsmöglichkeiten zu sichern.

Nur am Rande: Mit dem so oft und scheinheilig gescholtenen „Machterhalt“ hat das gar nichts zu tun – oder soll eine erfolgreiche Partei, die glaubt, für ihr Land etwas Richtiges zu tun, wirklich die Chancen der Wiederwahl vergeben, nur damit es keinen Vorwurf des „Machterhalts“ gibt?

Und was ist in den Jahren nach 1982 nicht alles geleistet worden! Hier nur die wichtigsten Punkte:

- zunächst den Regierungswechsel von 1982 und die damit verbundene Kleine Koalition, die Helmut Kohl immer für richtig gehalten hatte, und
- sodann die Wahlsiege seit 1983, die auch dann errungen wurden, als mit der Wiedervereinigung völlig neue Wählerschichten zu überzeugen waren. Aber es galt natürlich noch ganz andere Probleme zu meistern:
- Innenpolitisch, das heißt innerhalb der alten Bundesrepublik, waren die 1980er-Jahre eine Phase der Haushaltssanierung; das war eine Leistung, die bis zum heutigen Tage viel zu wenig gewürdigt wird, die aber der lahmenden Wirtschaft mindestens genauso viel Schwung ermöglichte wie später die so hochgerühmte Agenda 2010.
- Hinzu kommt die Durchsetzung des sogenannten NATO-Doppelbeschlusses, ohne den es den Fall des Eisernen Vorhangs so nicht gegeben hätte.
- Es galt die deutsche Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass eine CDU unter Helmut Kohls Führung eine absolut offene Ostpolitik zu betreiben gesonnen war und dass diese Fähigkeit nicht, wie fast alle Medien und die meisten Kirchenmänner damals glaubten, bei den Sozialdemokraten monopolisiert war.

Vertrauensbildung als zentrales Thema

Vertrauensbildung ist überhaupt das Thema, das all die Jahre beherrschte – nicht nur nach innen und nach Osten hin, sondern in der gesamten Außenpolitik: die Achtung auch vor den kleinen Staaten Europas, die hergebrachte Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich, die nunmehr durch eine persönliche Freundschaft mit François Mitterrand untermauert wurde, der Aufbau ähnlicher Beziehungen zum frei gewordenen Polen und zur UdSSR Michail Gorbatschows, die übrigens hier mit einem frühen Gespür für große Änderungen im

Ostblock unterfüttert waren. Ohne diese den Deutschen ungewohnten Methoden der Außenpolitik hätte es keine Wiedervereinigung geben können, weil Moskau sie nicht zugelassen und die europäischen Nachbarn sie nicht gebilligt hätten. Es war ja nachher noch die Mühe groß genug, die echte wie die konstruierte Angst vor dem vereinigten Deutschland zu beruhigen!

Man kann alle diese Aspekte gar nicht genug betonen, weil aus ihnen – und nicht aus gelehrten Disputationen über die Zentralbegriffe der üblichen Partei- und Wahlkampfprogramme – die Wertorientierung Helmut Kohls und übrigens auch die Wertgebundenheit der von ihm geführten Partei ganz besonders deutlich wird. Die Zentralbegriffe, so wichtig sie für die Partei sind, waren immer den unterschiedlichsten Auslegungsmöglichkeiten und damit auch Auslegungskünsten ausgesetzt, und das ist im Laufe der Zeit auch nicht besser geworden. In der CDU Helmut Kohls war aber auch klar, was konkret gemeint und beabsichtigt war: eine Politik des weltweiten Friedens, soweit das heute überhaupt möglich ist, die Aussöhnung mit Frankreich, späterhin auch mit Polen, die Betonung der menschlichen Freiheit, sowohl für den einzelnen Menschen als auch für die Wirtschaft als Grundlage unseres Wohlstandes, die europäische Integration, die nach innen den Frieden in Europa und nach außen den Frieden für Europa schafft – und das alles um den Kern unseres Denkens und Arbeitens herum: um die Würde des Menschen. Das hat die CDU stets ausgemacht, trotz aller Versuche, denen auch sie ausgesetzt war, und trotz aller Irrtümer, denen zuweilen auch sie nachgelaufen ist. Helmut Kohl hat sie auf diesem Wege mehr als ein Menschenalter geführt.

Das „System Kohl“

Wir sollten die Führung einer großen politischen Partei und die Praktiken, die

dazu notwendig sind, nun freilich auch nicht allzu sehr idealisieren, und deshalb ist in diesem Rückblick nun noch ein weiteres, abschließendes Kapitel nötig, für das bedeutende Denker sogar schon eine eigene Überschrift gefunden haben: das „System Kohl“.

Was ist darüber nicht alles Fantasiert und kolportiert worden – und fast immer mit einem wissenden Unterton, als ob das alles ein „Geschmäcke“ hätte und als ob da im Wesentlichen mit Geld regiert worden sei! Zum Geld nur so viel: Wenn eine regionale oder lokale Gliederung einer großen Partei unter Geldnot leidet und deshalb ihren Aufgaben, etwa im Wahlkampf, nicht mehr gerecht werden kann, dann ist von der Zentrale zu erwarten, dass sie unterstützend eingreift und die vorhandenen Mittel ihrer Zweckbestimmung zuführt. Mit Geld hat sich Helmut Kohl seine zahlreichen Wiederwahlen also gewiss nicht erkaufte. Das muss sich jemand ausgedacht haben, um dessen Lebensnähe es, vorsichtig gesprochen, nicht zum Allerbesten steht.

Die Dinge haben sich viel einfacher entwickelt, viel menschlicher. Helmut Kohl hat in einer ganz anderen Währung Loyalität erworben.

Die einzelnen Aspekte dieses Themas können hier nur in Umrissen dargestellt werden, weil ich sie nur einige Jahre selbst miterlebt habe, und das lediglich in den ersten Jahren seiner Stellung als Bundesvorsitzender der CDU. Aber damals gab es heftige Wahlkämpfe, deren Ausgang im einzelnen Wahlkreis oft auch denkbar knapp war. Also taten die zuständigen Kreisvorsitzenden, Kreisgeschäftsführer und Wahlkampfleiter das, was man in dieser Lage von ihnen erwarten konnte: Sie versuchten noch eine große Kundgebung mit einem möglichst prominenten Redner zustande zu bringen, damit doch noch die letzten, vielleicht sogar entscheidenden Stimmen gewonnen würden. Aber versuchen Sie ein-

mal, in dieser Wahlkampfphase noch einen prominenten Redner mit freien Terminen ausfindig zu machen und für die Übernahme eines zusätzlichen Termins zu interessieren! Manche haben mir damals erzählt, sie hätten dreißig Einladungen ausgesprochen und dafür dreißig Absagen kassiert. Helmut Kohl aber hatte, wenn es ihm nur einigermaßen möglich war, für diese Leute zumindest ein aufmunterndes Wort, meist aber auch einen Termin übrig. So hat man ihn kennengelernt. Aus diesen und ähnlichen Hilfeleistungen haben sich menschliche Beziehungen angebahnt, die zwar schwer aufrechtzuerhalten waren, die in vielen Fällen aber auch nie mehr ganz abgerissen sind.

Es mag ja sein, dass es zwischen hochgestellten Politikern so wenig Freundschaft und Dankbarkeit gibt wie zwischen manchen Wirtschaftsmanagern. Aber bei den Leuten, von denen hier die Rede ist, die für ihre Sache unendlich viel Kraft, Zeit und Geld opfern und das eigentliche Rückgrat der Partei sind, gibt es diese Tugenden noch, und sie sind es, die im Kern eine Partei und die Mitgliedschaft in den Parteitag ausmachen. Und wer diesen Kern hinter sich hat, ist unabsetzbar – das Schwingen großer Reden allein nützt da nichts.

Der Schatz an Dankbarkeit, den Helmut Kohl überwiegend in den frühen Jahren gesammelt hat, hielt lange an, mehr als ein Vierteljahrhundert lang. Dessen können sich nur wenige rühmen. Helmut Kohl kann es heute wieder – und die, die immer wieder das „Geschmäcke“ in den Vordergrund schieben möchten, sollten wenigstens ein bisschen darüber nachdenken, was eine Volkspartei wirklich ist.

Der Beitrag basiert auf der Rede des Bundespräsidenten a. D. Professor Dr. Roman Herzog im Rahmen der Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum 30. Jahrestag der Wahl von Helmut Kohl zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland am 27. August 2012, Altes Wasserwerk, Bonn.